



Jahresbericht des Vorstandes der Eberhard-Schultz-Stiftung 2018

(i.S.v. § 7 Abs. 2 Satz 4 Ziff. 3 iVm. § 11 Abs. 2 der Satzung; zur Vorlage beim Kuratorium zwecks Prüfung und Entlastung nach § 11 Abs. 2 und 3 der Satzung)

Einleitung

Nach der Gründung unserer Stiftung, im November 2011, ist dies der siebte Bericht über ein vollständiges Kalenderjahr. Aktueller Sitz der Stiftung ist das seit Januar 2017 bezogene Büro im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin.

Auf der Grundlage der „Rahmenbeschlüsse“ des Kuratoriums haben wir die begonnenen Projekte 2018 erfolgreich fortsetzen können und neue Projekte durchgeführt – neben dem Bereich der sozialen Menschenrechte sind dabei auch die Schritte im „zweiten Standbein“ der Stiftung, der Partizipation, gestärkt worden.

Die Stiftung war auf Veranstaltungen weiterer Stiftungen und Organisationen präsent.

Unsere siebte Jahresveranstaltung mit der Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreises 2018“ und eines Sonderpreises fand wieder im Rathaus Charlottenburg unter der Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters Reinhard Naumann mit reger Beteiligung statt.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde intensiviert, besonders in Hinblick auf die Information parlamentarischer und anderer Entscheidungsträger*innen über den Stand der Umsetzung der sozialen Menschenrechte in Deutschland und der Beteiligung am UN-Staatenberichtsverfahren mit einem Parallelbericht (in Kooperation mit ILMR, Volkssolidarität, Humanistischer Union) und der Beteiligung an der Anhörung in Genf im September 2018. Auch in anderen Bereichen unserer Öffentlichkeitsarbeit ist es uns gelungen, über die bisherigen Kooperationspartner*innen hinaus, weitere wichtige und bekannte Organisationen aus dem Bereich Menschenrechte für Kooperationen zu gewinnen, u.a. die Volkssolidarität.

Die anwachsende praktische Öffentlichkeits- und Verwaltungsarbeit konnte mit Hilfe unseres qualifizierten Mitarbeiters (der mit einer halben Stelle beschäftigt ist) bewältigt werden, unterstützt von einem Praktikanten und drei Praktikantinnen, die jeweils dreimonatige Praktika absolvierten.

Vorbemerkungen zum aktuellen Stand der Sozialen Menschenrechte in Deutschland

Deutschland hat das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt weiterhin nicht ratifiziert. In der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition wird die Unterzeichnung angestrebt ohne Nennung eines konkreten Zeitplans. Nach Aussage der Bundesregierung befindet sich die Ratifizierung immer noch in der Prüfung. Auch wenn sich einzelne Bundestagsabgeordnete weiter für die Ratifizierung stark machen, ist es mehr als fraglich, ob die Ratifizierung in dieser Legislaturperiode erfolgt. Von den Oppositionsparteien fordert ausdrücklich Die Linke weiter die Ratifizierung.

Der zuständige UN-Ausschuss für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte hat im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens einen dringlichen Zwischenbericht gefordert zu den



drei Themen Situation älterer Menschen in der Pflege, Kinderarmut und Recht auf Wohnen. Mit weiteren NGOs werden wir in Folge der Beteiligung am UN-Staatenberichtsverfahren mit dem zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales Gespräche führen und auf Ratifizierung drängen.

Die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland, die Vermögenskonzentration beim vermögenden Teil der Bevölkerung und die fehlende Umverteilung durch eine geeignete Steuer- und Investitionspolitik haben Auswirkungen auf das soziale Klima, die Wohnungsverteilung und den Gesundheitsbereich. Die aktuelle Politik der Bundesregierung und der EU in Flüchtlingsfragen und Minderheiten verweigert ganzen Personengruppen die längst festgeschriebenen sozialen und kulturellen Menschenrechte. Auch im Berichtsjahr haben die Defizite mit ihren katastrophalen Folgen für immer größere Teile der Bevölkerung (Wohnungslosigkeit, Rente, Pflegenotstand) wiederholt zu öffentlichen Debatten geführt.

Nach wie vor fehlt ein breites Bewusstsein für die Bedeutung der sozialen Menschenrechte. Abhilfe schaffen könnte die Ratifizierung des Zusatzprotokolls als wichtiger erster Schritt zur Durchsetzung der sozialen Menschenrechte, als jedem einzelnen zustehende subjektive Rechte, und damit ihre individuelle Einklagbarkeit, die aber selbst nach dem 50. Jahrestag der Verabschiedung des UN-Sozialpakts immer noch ausstehen.

Gremien

Der Vorstand hat regelmäßig getagt, die Sitzungen mit den notwendigen Beschlüssen protokolliert, diese umgesetzt und das Kuratorium umfassend darüber informiert. Einzelne Kuratoriumsmitglieder haben sich auch aktiv an Sitzungen und Arbeitsgruppen des Vorstands beteiligt.

1. Projekte

Der Satzungszweck unserer Stiftung wurde wie in den Vorjahren durch eine Reihe von Projekten im Bereich der sozialen Menschenrechte und Partizipation verwirklicht:

Projekt 1: Weiterführung der Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt sowie Mitwirkung am Parallelbericht zum Staatenbericht zu Deutschland

Projekt 2: Fortführung des Notfonds für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Projekt 3: Neujahrsempfang

Projekt 4: Bündnis „Reichtum Umverteilen“/Spendenkonto Demomaterialien

Projekt 5: Medibüro Kongress in Kiel

Projekt 6: FIAN (Food First Informations- und Aktions-Netzwerk) Österreich, Parallelbericht UN-Staatenberichtsverfahren

Projekt 7: Unterstützung Kampagne und Berliner Demonstration „#Unteilbar“



Projekt 8: Fachtagung: „Verwirklichung der sozialen Menschenrechte in Zeiten sozialer Spaltung — Menschenrecht auf Bildung“ mit Dokumentation

Projekt 9: Jahresveranstaltung mit Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreises“ 2018 und eines Sonderpreises

Alle geförderten Projekte wurden von uns finanziell und teilweise organisatorisch unterstützt. Die Förderung erfolgte jeweils im Hinblick auf die exemplarische Bedeutung für die Umsetzung der sozialen Menschenrechte in Deutschland. In den Projekten stehen neben den sozialen Menschenrechten zudem auch ganz direkt die Stärkung von Partizipation und die Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten im Fokus.

Die Projekte wurden erfolgreich abgeschlossen, auf Dauer angelegte Engagements werden fortgeführt und laufen auch im Jahr 2019 weiter.

Eine Reihe von Anfragen anderer Initiativen um Unterstützung und Bitten um Einzelfallhilfe mussten zum Teil wegen unseres begrenzten Budgets abgelehnt werden, zum Teil weil diese nicht unserem Satzungszweck entsprachen.

1.1 Weiterführung der Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt sowie Mitwirkung am Parallelbericht zum Staatenbericht zu Deutschland

Mit mehreren Interviews, gemeinsamen Presseerklärungen und der Unterschriftensammlung wurde die Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt fortgeführt, siehe auch weiter unten unter Öffentlichkeitsarbeit. Erstmals nahm unsere Stiftung am UN-Staatenberichtsverfahren mit einem Parallelbericht und der Teilnahme an der Anhörung in Genf teil, um zu zeigen, dass das Zusatzprotokoll zum UN - Sozialpakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte endlich unterzeichnet werden muss und damit der Weg auch für die Umsetzung in Deutschland geebnet wird. Der eigentliche Parallelbericht wurde im August 2018 vorgelegt für Sitzung des UN-Sozialausschusses im September 2018, an der Eberhard Schultz und Azize Tank für die Stiftung teilgenommen haben. Der Parallelbericht wurde in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der Stiftung erstellt, darunter die Volkssolidarität, Internationale Liga für Menschenrechte, IALANA Deutsche Sektion der International Lawyers against Nuclear Arms, Naturwissenschaftler*innen in Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit, Landesseniorinnenbeirat Berlin und Humanistische Union.

1.2 Notfonds für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Mit dem zweitältesten Projekt unserer Stiftung, dem Notfonds (monatlich bis zu 500 Euro) unterstützen wir mobile Arbeitnehmer*innen in bestimmten Notsituationen. Er wurde auch im Berichtsjahr fortgeführt. Dabei arbeiten wir eng mit dem Projekt „Faire Mobilität“ des DGB-Bundesvorstands zusammen.

Die Unterstützung durch den Notfonds erfolgt in besonderen Einzelfällen, an denen sich die Notwendigkeit verdeutlichen lässt, dass die sozialen Menschenrechte auch als individuell einklagbare Rechte zu verankern sind. Der diskriminierungsfreie Zugang zu Arbeit ist ein



wesentlicher Bestandteil laut UN-Ausschuss für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte für das Recht auf Arbeit. Insgesamt wurden 2018 sieben Fälle mit insgesamt **1830 Euro** unterstützt.

1.3. Neujahrsempfang

Der Neujahrsempfang zur Stärkung der Kooperation mit bestehenden Projekten und anvisierten Projektpartner*innen fand am 19.1. 2018 statt.

1.4 Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“

Wir haben das breite Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, das entschlossene Maßnahmen fordert gegen Ausgrenzung, für mehr soziale Sicherheit und für mehr Investitionen für Soziales, Bildung, Pflege, Kultur und Jugend weiterhin unterstützt durch Bereitstellung eines Spendenkontos und Weiterleitung der Spenden. Das Bündnis fordert die stärkere Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften zur Finanzierung des vorgeschlagenen Maßnahmenpaketes.

1.5 Medibüro Kongress

Die Stiftung hat den 11. Bundeskongress der MediBüros, MediNetze und Medizinischen Flüchtlingshilfen vom 25.-27. Mai 2018 in Kiel mit 1.500 Euro unterstützt. Der Kongress dient dem inhaltlichen Austausch und der fachlichen Weiterbildung der bundesweit tätigen Ehrenamtlichen. Das Berliner Medibüro erhielt unseren Sozialen Menschenrechtspreis 2015. Die MediBüros vermitteln kostenlos und anonym medizinische Hilfe für Geflüchtete und Migrant*innen ohne Aufenthaltsstatus. Hier leisten die Medibüros, MediNetze und Medizinischen Flüchtlingshilfen praktische Arbeit und Unterstützung, um das soziale Menschenrecht auf Gesundheit den Menschen zu ermöglichen, die von dieser Versorgung ausgeschlossen sind. Parallel dazu üben die MediBüros durch Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit politischen Druck aus und weisen auf diese unhaltbare Situation in Deutschland hin.

1.6 FIAN Österreich: Parallelbericht

Die Erstellung eines Parallelberichts durch FIAN Österreich (Food First Informations- und Aktions-Netzwerk) im Rahmen des UN-Staatenberichtsverfahrens des UN-Ausschusses für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wird mit 1500 Euro gefördert. FIAN Deutschland wurde von uns mit dem Sozialen Menschenrechtspreis 2016 ausgezeichnet.

1.7 Unterstützung Kampagne und Berliner Demonstration „#Unteilbar -Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ am 13.10. in Berlin

Wir haben die bundesweite Demonstration #UNTEILBAR am 13.10.2018 in Berlin mit 2000 Euro unterstützt. Die Auftaktkundgebung fand um 12 Uhr am Alexanderplatz statt, die Abschlusskundgebung inklusive Kulturprogramm ab 16 Uhr an der Siegessäule. Die Stiftung beteiligte sich mit einem Infostand.



1.8 Fachtagung: „Verwirklichung der sozialen Menschenrechte in Zeiten sozialer Spaltung – Das soziale Menschenrecht auf Bildung“ mit Dokumentation

Am 29.6.2018 fand unsere Fachtagung zum Thema "Verwirklichung der sozialen Menschenrechte in Zeiten sozialer Spaltung - Das Menschenrecht auf Bildung" statt - mit und in dem ver.di Bildungs- und Begegnungszentrum "Clara Sahlberg" in Berlin Wannsee. Nach Einführungsvorträgen von PD Dr. Michael Krennerich (FAU Nürnberg) und Prof. Dr. Kirsten Lehmkuhl (TU Berlin) wurden einzelne Themen rund um das Menschenrecht auf Bildung in drei Workshops näher beleuchtet. Nach einer Zusammenfassung der Ergebnisse der Workshops diskutierten in einer abschließenden Expert*innenrunde Elke Breitenbach, Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Marwa al-Radwani (Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen), Prof. Dr. Lehmkuhl (TU Berlin), PD Dr. Krennerich (FAU Nürnberg) und Azize Tank (MdB a.D.) unter der Moderation von Vera Vordenbäumen.

1.9 Jahresveranstaltung der Stiftung am 17.10.2018

Am 17.10. wurde auf unserer Jahresveranstaltung, moderiert von Vera Vordenbäumen, im Festsaal des Rathauses Charlottenburg, bereits zum fünften Mal der mit 5000 Euro dotierte **Soziale Menschenrechtspreis 2018** vergeben. Unsere Kuratoriumsvorsitzende sandte ein Grußwort, Michael Krennerich (FAU Nürnberg) hielt einen Vortrag „Soziale Menschenrechte im Aufschwung? Rückblick auf 25 Jahre.“

Preisträger*innen sind die **Ärzte der Welt e.V.**, die im Jahr 2000 gegründete deutsche Sektion des internationalen Netzwerks Médecins du Monde. Die "Ärzte der Welt" setzen sich weltweit für das soziale Menschenrecht auf Gesundheitsversorgung für diejenigen ein, die dazu keinen oder nur erschwerten Zugang haben. Die Laudatio hielt Reinhard Laska, Journalist und Vorsitzender der Jury. Zur Dankesrede trat François De Keersmaeker, Direktor der deutschen Sektion der Organisation, auf die Bühne.

Neben dem Sozialen Menschenrechtspreis haben wir auch in diesem Jahr wieder einen **Sonderpreis** vergeben. Der mit 1000 Euro dotierte Preis ging an die Berliner Initiative Bündnis Mieterprotest Kosmosviertel für Ihr engagiertes Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Umsetzung des sozialen Menschenrechts auf Wohnraum für alle zu angemessenen Preisen. Das Bündnis setzt sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Alt-Glienicker Kosmosviertel ein, eines der ärmsten Viertel der Stadt Berlin. Die Laudatio hielt Stadtsoziologe und Kuratoriumsmitglied Dr. Andrej Holm. Der RBB sendete in seiner Abendschau einen Beitrag über die Arbeit der Mieterinitiative, in dem zu Beginn auch ein kurzer Ausschnitt unserer Preisverleihung gezeigt wird.

2. Weitere Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Der Satzungszweck wurde im Berichtsjahr zudem durch Veranstaltungen und unsere Öffentlichkeitsarbeit verwirklicht.

2.1 Veranstaltungen

Wir haben an einer Reihe von Veranstaltungen, auch anderer Stiftungen teilgenommen, unsere Stiftung dort eingebracht, wichtige Erfahrungen gesammelt und Kontakte geknüpft. Unter anderem war unsere Stiftung vertreten:



- Treffen mit Bündnis Mieterprotest Kosmosviertel im Januar 2018
- Beuth-Hochschule, Kooperation mit Öffentlichkeitsarbeits-Seminar Februar/März 2018
- „Möglichkeiten und Gestaltungsspielräume eines Einwanderungsgesetzes“ Fachkonferenz zur Vorstellung des SVR-Jahresgutachtens in Berlin 24. April 2018
- Menschenrechtspolitik mit LINKS. Zaklin Nastic und Michel Brandt stellen sich vor am 15.06.2018
- Tag der offenen Tür bei strassenfeger e.V. am 15.9.2018
- Vesper zum bedingungslosen Grundeinkommen am 27.9.2018
- Bundesverband Dt. Stiftungen, Arbeitskreis Soziales 8./9.10.2018
- Fachtagung des Paritätischen Bildungswerk Bundesverband e.V.: „Warum sich für die Rechte anderer einsetzen?“ 17./18.10.2018
- Nationale Armutskonferenz (NAK), Beitrag von Azize Tank im Workshop Menschenrecht auf Wohnen am 6.11.2018
- Fraktion Die Linke und Rosa Luxemburg-Stiftung: "Ungleichland Deutschland" am 23.11.2018
- Vesper 29.11.18 im HdDM "Verschwiegene Erbschaften. Wie Erinnerungskulturen den Umgang mit Geflüchteten prägen"

2.2 Öffentliche Erklärungen und Pressemitteilungen

Im Berichtsjahr haben wir folgende Pressemitteilungen zusammen mit Kooperationspartner*innen und ein Interview veröffentlicht:

- Pressemitteilung zum Koalitionsvertrag im Mai 2018 zusammen mit Kooperationspartner*innen: *Soziale Menschenrechte in Koalitionsvertrag und Regierungsprogramm – Fortschritt oder Fehlanzeige? Wir lassen nicht locker: Soziale Menschenrechte endlich umsetzen!*
- Pressemitteilung zur Seenotrettung am 14.6.2018: *Unmenschliche Politik der „Festung Europa“ gegen Geflüchtete im Mittelmeer – Schwerste Menschenrechtsverletzung.*
- Pressemitteilung zum Staatenberichtsverfahren und unserem Parallelbericht zusammen mit Kooperationspartner*innen am 15.8.2018: *Soziale Menschenrechtspolitik der Bundesregierung auf dem Prüfstand: Parallelbericht beim UN-Sozialausschuss eingereicht.*
- Pressemitteilung zum 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zusammen mit Kooperationspartner*innen am 10.12.2018: *70 Jahre später: Soziale Menschenrechte endlich durchsetzen!*
- ein ausführliches Interview im Neuen Deutschland am 10.12.2018 mit Eberhard Schultz zu „Sozialen Menschenrechten“ anlässlich des 70. Jahrestages der UN Menschenrechtsdeklaration.



2.3 Homepage

Die Homepage wurde weiter ausgebaut und ständig aktualisiert, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung sowie Beiträge zu Veranstaltungen sind dort nachzulesen. Die Verlinkung mit anderen Initiativen für Menschenrechte und Partizipation wurden weiter ausgebaut, auch durch Verlinkung mit den geförderten und ausgezeichneten Projekten. Die Homepage wird regelmäßig mit Downloads, Bildern und Links versehen – bei der Internetrecherche des Stichwortes „soziale Menschenrechte“ findet sie sich an prominenter Stelle (derzeit Nr. 3, kombiniert mit „Stiftung“ nach wie vor die Nr. 1 nach den bezahlten Googleanzeigen!). Die zunehmende Bekanntheit der Stiftung lässt sich auch an der Anzahl der Anträge an die Stiftung ablesen, zurzeit 15-20 im Quartal und an den Einsendungen für den Sozialen Menschenrechtspreis, 2018 waren es über 60 Bewerbungen.

3. Zusammenfassung und kurzer Ausblick

Wir sind weiterhin die einzige Stiftung für soziale Menschenrechte im deutschsprachigen Raum. Unsere Stiftung und ihr Satzungszweck ist in wichtigen Bereichen als Stiftung mit sozialen Zielsetzungen inzwischen in Berlin und darüber hinaus bekannt geworden und hat die Grundlagen für eine erfolgreiche Arbeit zur Erfüllung des Satzungszwecks weiter ausgebaut. Die Jahresveranstaltung soll 2019 wieder stattfinden mit der Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreises“.

Aufgrund der schwierigen Finanzsituation kann die Arbeit 2019 auch unter Auflösung der in den vergangenen Jahren gebildeten Rücklagen nur eingeschränkt fortgeführt werden. Für 2019 sind derzeit keine Erträge aus dem Stiftungsstock zu erwarten, die eine Stiftungstätigkeit im bisherigen Umfang ermöglichen würden.

4. Finanzübersicht

Die Betreuung in finanzieller Hinsicht und die Gewinn- und Verlustrechnung wurde und wird durch die *HANITAX Steuerberatungsgesellschaft mbH (Düsseldorf)* durchgeführt.

Die **Vermögenswerte der Stiftung** bestehend aus **Stiftungsvermögen (979.469,57 Euro)** und freier Rücklage (**29.666,57 Euro**) betragen nach der Vermögensübersicht am 31.12.2018 **1.009.136,14 Euro**.

Wir haben im Geschäftsjahr 2018 **Einnahmen** in Höhe von **14.494,49 Euro** aus Zinsen und Dividenden erzielen können und dazu **3.130,00 Euro** Zuwendungen erhalten, zuzüglich der Auflösung der Rücklage für zeitnah zu verwendenden Mittel in Höhe von **19.937,54 Euro** hatten wir ordentliche Einnahmen von **37.562,03 Euro**.

Die **Ausgaben** betragen **57.895,46 Euro** (darunter fallen auch die in Erfüllung des Satzungszwecks weitergeleiteten Spenden).

Es ergeben sich also Mehrausgaben von **20.333,43 Euro** für das Berichtsjahr 2018. Diese wurden der freien Rücklage entnommen. Die freie Rücklage beträgt nun **29.666,57 Euro**.



Damit stehen zum Jahresanfang 2019 also noch **29.666,57 Euro** für satzungsgemäße Zwecke der Stiftung zur Verfügung. (Dazu kommen voraussichtliche Einnahmen aus Zinsen in 2019 von ca. **12.000 Euro**.)

Auf die Zahlungen im Sinne des Stiftungszweckes (Förderung der Projekte) entfielen **30.001,53 Euro**, die gesamten Verwaltungskosten betragen **27.893,93 Euro**. Bewilligte Projektgelder in Höhe von **8.170 Euro** wurden nicht abgerufen. Die für ein neues Corporate Design der Stiftung bewilligten **4.000 Euro** wurden nicht beauftragt, wegen der angespannten Finanzlage der Stiftung konnte eine Beauftragung nicht erfolgen. Von den bereitgestellten **6.000 Euro** für den Notfonds wurden nur **1.830 Euro** abgerufen.

Die Verwaltungskosten beinhalten auch die Personalkosten für eine halbe Stelle, die notwendig war zur Büroorganisation, Bearbeitung und Aufbereitung der Projektanträge für die Gremiensitzungen, für die Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen, Ausschreibungen, der Öffentlichkeitsarbeit in Form von Dokumentationen, Pressemitteilungen, Spendenwerbung, Stiftungswerbematerial und Werbeanzeigen.

5. Formeller Jahresabschluss

Der Jahresbericht für das Jahr 2018 wird dem Kuratorium vom Vorstand hiermit vorgelegt.

Die Vermögensübersicht sowie die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung für 2018 wurden nach der Vorgabe der Aufsichtsbehörde und unter Mitwirkung der *HANITAX Steuerberatungsgesellschaft mbH* erstellt (siehe Anhang).

Berlin, den 22. Februar 2019

Für den Vorstand: